

Pakt für Pirmasens - Runder Tisch



Niederschrift zur Sitzung

am 27.09.2019 von 15.30 bis 18.00 Uhr
im Forum Alte Post, Poststraße 2, 66954 Pirmasens

TOP 1

Begrüßung, Vorstellungsrunde der neu hinzu gekommenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden. Auf eine Vorstellungsrunde wird aufgrund der Fülle der nachfolgenden Themengebiete verzichtet.

TOP 2

Vorstellung Projekt „ChancenSchulen“ des Landes Rheinland-Pfalz, für Schulen mit hohem Anteil an Migranten und hilfebedürftigen Familien

Herr Tobias Klag, Ganztagschulreferent des Bildungsministeriums und Projektleiter, stellt das Landesprojekt vor → zugehörige Präsentation **siehe Anlage**.

Die anwesende Vertreterin der Realschule Plus beschreibt das Problem, dass aufgrund der drei räumlich weit auseinanderliegenden Schulstandorte nicht lediglich ein Sprachkurs Deutsch angeboten werden könne. Zudem erlernten Kinder nicht innerhalb von zwei Jahren die deutsche Sprache. Es seien starke europäische Wanderungen aus Russland, Rumänien, Bulgarien, etc. festzustellen, zudem steige die Anzahl der Pirmasenser Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Gesellschaftsschichten an. Zahlreiche bedürftige Eltern würden in Ermangelung ausreichender Sprachkenntnisse nicht einmal die Schulbuchausleihe in Anspruch nehmen. Das Landeskonzept sei für die Realschule Plus Pirmasens deshalb nicht das, was benötigt werde und ziele am tatsächlichen Bedarf vorbei. Es werden viel mehr Lehrpersonal etwa zur Hausaufgabenbetreuung und entsprechende Budgets über den gewöhnlichen Bedarf hinaus benötigt.

Herr Klag bietet gemeinsame Einzelfallprüfungen mit den jeweiligen Schulleitungen an, sollte dies gewünscht sein.

Der Bereich Jugendpflege moniert die Notwendigkeit eines frühzeitigeren Einsetzens der Sprachförderung in KITAs, wo zurzeit etwa 40% Sprachförderbedarf bestehe. Der Vorsitzende ergänzt, dass zur Deckung dieses Bedarfs zurzeit erhebliches Engagement privater Initiativen notwendig sei.

Die Vertreterin der Realschule Plus Kirchberg erachtet eine Ausweitung des Stundenkontingents des Lehrpersonals als erfolgversprechend. Zudem würden ausländische Muttersprachler benötigt, welche die jeweiligen Kulturen kennen. Doch nicht bloß Migranten, sondern auch Einheimische würden in zunehmendem Maße eine Sprachförderung benötigen.

Herr Klag kann dies aus eigener Erfahrung bestätigen.

Die Frage, warum Förderschulen im Landesprogramm keine Berücksichtigung finden, beantwortet Herr Klag mit einer anderen dort vorherrschenden personellen Struktur, weshalb diese Schulart im 1. Schritt noch keine Berücksichtigung finden konnte. Was jedoch nicht bedeuten würde, dass diese in einem 2. Schritt weiterhin unberücksichtigt bleiben werde.

Es wird reklamiert, dass nicht alle Schulleitungen eine Information zum Landesprogramm erhalten haben. Herr Klag konnte darlegen, dass Informationen an insgesamt 52 Schulen herausgegeben worden sind.

Der Vorsitzende beschreibt das Problem, dass nur zwei Vollzeitstellen zur Schulsozialarbeit an Grundschulen zu wenig seien. Es gäbe hier keine Landesförderung im Grundschulbereich, was problematisch sei. Herr Klag möchte sich diesbezüglich die Lage an Grundschulen nochmals genauer anschauen.

Der Nardini Hilfswerk e.V. reklamiert eine Lastigkeit zugunsten der Fortbildung von Lehrern und Schulleitungen und möchte den Grund dafür wissen. Das zugehörige Budget sei zudem „ein Witz“, da erkennbar viel zu niedrig. Herr Klag möchte mittels dieser Fortbildung vordringlich echte Wirksamkeit erreichen. Er stellt die Frage, was hiervon beim Kind tatsächlich ankomme. Die „Softskills“ der Kinder stellten nicht das Hauptproblem an Schulen dar, sondern die Kenntnisse in Kernfächern wie Mathematik, Deutsch, etc. Ein Gesamtbudget in Höhe von 5 Millionen Euro entspreche bei 52 Schulen einem Einzelbudget von immerhin rund 100.000 Euro, was als ausreichend erachtet werde.

Der Nardini Hilfswerk e.V. merkt an, dass die Finanzierung vom Land dauerhaft sichergestellt werden müsse, und nicht an die Projektlaufzeit gekoppelt sein dürfe.

Aus dem Kreis der Teilnehmenden kommen Unmutsäußerungen dahingehend, dass das Land nicht genug für die Schulen tun würde. Nur durch ein Mehr an Lehrpersonal könne mehr bewirkt werden, um den bestehenden Defiziten wirksam begegnen zu können.

Herr Klag beziffert das Landesbudget im Bildungsbereich mit 480 Millionen Euro. Jeder vierte Euro des Landesetats werde somit in Bildung investiert. Über eine Ausweitung des Bildungsbudgets könne man zwar streiten, doch dürfe dabei nicht übersehen werden, dass der Bereich der Sicherheit (z.B. Polizei) und der Straßenbau auch wichtig seien und bedient werden wollen. Zudem hänge die Bildung im Land Rheinland-Pfalz mit am wenigsten von der sozialen Herkunft ab, was bemerkenswert sei.

Aus der Runde kommt der Hinweis, dass Eltern die komplexe Bürokratie im Lande zunehmend weniger verstehen und nachvollziehen können. Erforderliche Anträge und Informationen werden oftmals nicht verstanden, sodass selbst die den Eltern überaus zugutekommende Schulbuchausleihe oftmals gar nicht in Anspruch genommen werde. Das Lehrpersonal müsse zunehmend beratende Tätigkeiten und Antragsstellungen für die Familien übernehmen, was nicht deren Aufgabe sei und wofür gar kein Zeitkontingent bestehe.

Von einer Kindertagesstätte wird dargestellt, dass rund 60% der dortigen Kinder über einen Migrationshintergrund verfügen, oder aus bildungsfernen Familien stammen. Man sei daher froh über die Pirmasenser Zuzugssperre, welche diese (zu) hohe Quote ein wenig abmildern könne. Dennoch sei eine zeitgemäße Betreuung von 25 Kindern mit nur zwei Erzieher/innen nicht mehr zu bewältigen. Das Gute-KITA-Gesetz reiche bei Weitem nicht aus. Man müsse berücksichtigen, dass die KITA eine höchst wichtige Vorarbeit für die nachfolgende Grundschule leiste. Doch KITAs müssten sich heute selbst helfen, um den bis zu 17 verschiedenen Nationalitäten in einer Einrichtung gerecht zu werden. Die dortige Arbeit laufe am Limit.

Der Christliche Verein Junger Menschen (CVJM) berichtet von negativen Auswirkungen auf die für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen wichtigen Vereinsarbeit, welche für Ehrenamtliche zunehmend demotivierend sei.

Die KITA Windsberg sieht die Notwendigkeit, bereits für werdende Mütter Kurse zum Umgang mit Kindern anzubieten. Man müsse hier „ganz unten“ sprich frühestmöglich ansetzen, nicht erst im Bereich der späteren Betreuung.

Der frühere Vorsitzende fragt Herrn Klag, ob es für ihn denkbar sei, Vertreter der Landesregierung einmal in KITAs persönlich zu entsenden, um sich die tägliche Praxis einer solchen Einrichtung besser vorstellen zu können. In Pirmasens verfüge man zwar über allerbeste Strukturen, doch bestehe eine große Sorge dahingehend, Kinder aus der Armutsspirale nicht herausführen zu können. Herr Klag erachtet eine solche Möglichkeit für sinnvoll und durchführbar.

Frau Kober bedankt sich bei den ehrenamtlichen Muttersprachlern für deren großartigen ehrenamtlichen Einsatz an den Pirmasenser Schulen. Diese würden sich nun verständlicherweise fragen, welche beruflichen Eingliederungschancen es nun für sie gibt. Frau Kober schlägt Herrn Klag vor, Möglichkeiten zu schaffen, sie als „Tandem“ für vorhandenes Lehrpersonal an Schulen dauerhaft integrieren zu können.

TOP 3

Neuste Informationen zum „Starke-Familien-Gesetz“:

Bildungs- und Teilhabeleistungen für bedürftige Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene seit dem 01.08.2019

Frau Margit Nagel, Sachbearbeiterin Bereich „Bildung und Teilhabe“ (BuT) beim Jobcenter Pirmasens, stellt die ab dem 01. August 2019 gültigen Neuerungen vor. Zugehöriges Merkblatt **siehe Anlage**.

Frau Nagel macht darauf aufmerksam, dass Leistungen bis zum vollendeten Lebensalter von 25 Jahren gezahlt werden dürfen - mit Ausnahme von Leistungen aus den Bereichen soziale und kulturelle Teilhabe, welche auf das vollendete 18. Lebensjahr begrenzt sind.

Anspruchsberechtigte müssten nicht zwangsläufig im SGB II-Bezug sein, um leistungsberechtigt zu sein.

Die Leistung für den persönlichen Schulbedarf wie Stifte, Mäppchen und Schulranzen sei von 100,00 € auf 150,00 € pro Jahr erhöht worden. Der Eigenanteil von 1,00 € pro Mittagsverpflegung in Schulen sei entfallen, was einen regelrechten Ansturm auf Neuanträge im BuT-Büro ausgelöst habe. Lern- und Spielstuben können hier Kooperationsvereinbarungen mit Schulen abschließen, dann werde das BuT-Büro auch hier die Verpflegungskosten übernehmen.

Kosten der Schulausflüge, Klassenfahrten und Wandertage werden in voller Höhe übernommen, egal wie oft und wo diese auch stattfinden. Kleinbeträge im Bereich von 5,00 – 10,00 € dürfen dabei direkt an die Eltern erstattet werden. Es sei den Schulen gestattet, hierfür Sammelanträge zu stellen. Dies habe den Vorteil, dass nicht jede Familie gesondert beantragen muss. Doch können Sammelanträge dann nachteilig sein, wenn ein Schulträger im Landkreis seinen Sitz hat und diese somit beim Jobcenter des Landkreises zu stellen sind. Die dann auftretende Schwierigkeit bestehe darin, dass der Landkreis keinen Zugriff auf die städtischen Sozialdaten habe.

Die Anträge auf Lernförderung hätten sich zwischenzeitlich verdreifacht. Nur hier bestehe weiterhin die Antragserfordernis, da eine Befürwortung der Schule vorab nötig sei. Alle übrigen BuT-Leistungsansprüche besäßen keine Antragserfordernis mehr.

Bei der Schülerbeförderung sei der Eigenanteil in Höhe von 5,00 € nun komplett entfallen. Hier habe vorrangig der Schulträger zu prüfen. Für die Beurteilung der Zumutbarkeit des Schulweges sei auch die Einschätzung der Schulsozialarbeiter/innen erforderlich, da es hier neben der reinen Entfernungsbestimmung auch auf die psychische Belastung des Schulweges ankomme. Ein ärztliches Attest könne im Zweifelsfall weiterhelfen.

Die Anspruchshöhe für BuT-Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe habe sich von 10,00 € auf 15,00 € pro Monat gesteigert. Der Jahresanspruch von 180,00 € dürfe auch zeitlich verteilt werden.

TOP 4

Informationen aus dem Förderausschuss vom 11.09.2019

Frau Kober berichtet wie folgt:

Der Förderausschuss stimmte dem Antrag der Realschule Plus Kirchberg auf weitere Unterstützung der Mittwochsprojekte in Höhe von bis zu 2.000 € für das Schuljahr 2019/2020 einstimmig zu.

Dem Antrag des CVJM zur weiteren Finanzierung von zwei Pack's Kinderfreizeiten in Höhe von 7.500,00 € pro Freizeit / 15.000,00 € pro Jahr wurde für die nächsten 3 Jahre einstimmig zugestimmt.

Nachbesetzung ausscheidender Förderausschuss-Mitglieder:

Frau Kober informiert, dass die Stelle der bereits aus dem Förderausschuss ausgeschiedenen Dekanin Frau Zimmermann-Geißert als Vertreterin der Kirche erst zum 01.11.2019 nachbesetzt werden könne. Herr Pfarrer Ralph Krieger wird dann erst seinen Dienst antreten.

Der Förderausschuss stimmte überein, mit der Nachbesetzung der Kirchenvertretung im Ausschuss noch zu warten, bis Pfarrer Ralph Krieger im Dienst sei.

Herr Stephan Preiß ist als früherer Elternvertreter am Leibniz-Gymnasium in dieser Funktion nicht mehr tätig.

Übereinstimmend wurde befürwortet, dass Herr Preiß im Förderausschuss als Vertreter der städtischen Arbeitgeber verbleibt. Die maximale Anzahl im Förderausschuss soll jedoch die Höchstgrenze von 8 Personen nicht überschreiten.

- Die Teilnehmenden am Runden Tisch stimmen dem Vorschlag, Herrn Preiß als Arbeitgebervertreter im Förderausschuss zu belassen, per Handzeichen ohne Gegenstimmen zu.
- Frau Liane Fremgen, Schulleiterin der Landgraf-Ludwig-Realschule plus, würde gerne die vakante Stelle der Schulvertretung im Förderausschuss übernehmen. Auch diesem Vorschlag wird ohne Gegenstimmen zugestimmt.

TOP 5

Sonstiges

Herr Sester von der Fahrradwerkstatt lässt ausrichten, dass die Fahrradwerkstatt ab 19.09.2019 zur Winterpause geschlossen bleibt.

Neuer Termin:

Das nächste Treffen am Runden Tisch findet am Freitag, den 06. März 2020 um 15:30 Uhr im Forum Alte Post, Poststraße 2, 66954 Pirmasens statt.

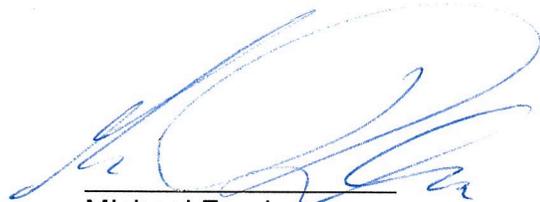
Anlagen:

- Präsentation des Herrn Klag zu TOP 2
- Merkblatt des Jobcenters Pirmasens zu TOP 3

Pirmasens, den 15.10.2019



Markus Zwick
Oberbürgermeister und Vorsitzender



Michael Franke
Protokollführer